Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 60 (1968)

Heft: 1

Artikel: Die Reform der französischen Sozialversicherung

Autor: Hermann, J.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-354317

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Reform der französischen Sozialversicherung

Unter den wichtigen Sozialproblemen Frankreichs steht die Reorganisation der Sozialversicherung an erster Stelle. Es steht fest, daß sich dieses größte Unternehmen Frankreichs, das einen Umsatz von etwa 40 Milliarden Francs realisiert und an dem 9 Franzosen unter 10 interessiert sind, in wachsenden Schwierigkeiten befindet. Die Sécurité sociale wird in diesem Jahr ein Defizit von 3,5 Milliarden Francs aufweisen und es sollte bis 1970 bei gleichbleibender Entwicklung bis auf 8 Milliarden ansteigen. Die außerordentlichen Vollmachten, die das französische Parlament der Regierung zubilligte, gibt dieser die Möglichkeit, die notwendig erscheinenden Reformen rasch mittels Dekreten zu realisieren.

Um dem Kostenanstieg einen Halt zu gebieten, wird zunächst geplant, den sogenannten «Ticket moderateur» zu erhöhen. Es ist ja bekannt, daß in Frankreich bisher 80 Prozent der Arzt- und Medikamentenkosten, die die Versicherten zunächst aus eigener Tasche auslegen, von der Sozialversicherung rückerstattet werden. 20 Prozent der Kosten muß also der Versicherte selbst bezahlen. Diese Selbstbeteiligung wurde seinerzeit eingeführt, um der Verschwendung von Medikamenten entgegenzutreten. Das Ziel wurde freilich nicht erreicht. Der Kostenanstieg der französischen Krankenversicherung – und von ihr kommt das Defizit der Sécurité sociale, ist mit etwa 20 Prozent pro Jahr der stärkste der Welt. Dabei steigen die Ausgaben für Medikamente allein jedes Jahr um 17,6 Prozent. Nun wird geplant, diese Selbstbeteiligung des Versicherten auf 30 oder 35 Prozent zu erhöhen. Man glaubt in zuständigen Kreisen, daß eine derartige Erhöhung der Selbstkosten einen Rückgang der Beanspruchung von Arzt und Medikamenten zur Folge haben könnte. Die gegenwärtige Beitragsbemessungsgrenze von 1080 Francs monatlich wird hinaufgesetzt werden. Auch die Apotheker sollen in ein Vertragssystem nach dem Muster der Ärzteverträge eingefügt werden. Daneben aber will man die Zahl der rückvergüteten Medikamente stark beschränken. Es gibt gegenwärtig in Frankreich etwa 3000 Pharmaprodukte, die unter 8500 verschiedenen Presentationen angeboten werden. Diese Zahl ist, nach Auffassung der zuständigen Kreise, zu groß.

Die Beitragsleistung der Arbeitnehmer wird von 6 auf 7 Prozent erhöht werden. Darüber hinaus besteht ein neues Projekt, das, wenn es realisiert wird, erstmalig in Europa sein würde und das bisherige System der Sécurité sociale in Frage stellen müßte. Es wird der Standpunkt vertreten, es gehe nicht an, daß der Arbeitnehmer, der nur 800 Francs im Monat verdient, genau soviel für seine Gesundung bezahlen muß als jene Führungskräfte, die über ein Einkommen von 2000 Francs und mehr verfügen. Es sollte eine Art Abstufung in der Selbstkostenleistung eintreten, etwa so, daß von einer bestimmten Verdienstgrenze an der Selbstkostenanteil steigt.

Aus den Erhebungen des Zentrums für Forschung und Dokumentation in Paris ergibt sich, daß der Bedarf der französischen Bevölkerung an medizinischen Leistungen jährlich um mehr als 8 Prozent größer wird. Unter allen Posten der Verbrauchsgüter sind die Kosten der medizinischen Leistungen am meisten in die Höhe gegangen. Aber es ist im Grunde genommen kaum möglich, den künftigen Rhythmus des medizinischen Fortschritts und seine finanziellen Folgen abzusehen. Wenn Gelehrte morgen einen wirksamen Impfstoff oder eine chemische Therapie gegen Krebs finden, dann müßte man annehmen, daß beträchtliche Einsparungen für die Krankenversicherung zu erwarten wären. Um so mehr als 10 Prozent der Kranken, natürlich Schwerkranke, die Hälfte des Budgets der Krankenversicherung für sich in Anspruch nehmen. Aber der Mensch, dessen Leben verlängert wird, stellt einen potentiellen Kranken dar. Lebt er etwa dank des entdeckten Krebsimpfstoffes um zehn oder fünfzehn Jahre länger, dann wird er während dieser Zeit zweifellos einige Male krank und schließlich wird er an einem anderen Leiden sterben, das aber vielleicht ebenso kostspielig ist wie es der Krebs gewesen wäre. Es klingt paradoxal, aber bei gleicher Bevölkerungszahl steigt die Zahl der Krankenbehandlungsfälle und damit die finanzielle Belastung um so stärker, je mehr die Sterblichkeit sinkt.

Gewiß, der Verwaltungsapparat der französischen Sozialversicherung erscheint zu kompliziert und zu teuer. Man könnte durch Aufklärung und Propaganda dem Alkoholkonsum entgegenwirken und derart eine nicht unbedeutende Reduktion der durch den Alkoholkonsum hervorgerufenen Krankheitsfälle erreichen. Trotzdem wird sich die Beanspruchung der Krankenversicherung zumindestens in dem gleichen Maße erhöhen, wie sich der Lebensstandard der Bevölkerung verbessert. Die erhöhte Beanspruchung der medizinischen Leistung zählt nicht zuletzt zu den schlüssigsten Beweisen des sozialen Fortschritts. Und der Ausweg in Frankreich? Er liegt offenbar, nach der Reorganisation des Verwaltungsapparates und des Systems, nicht in einer Reduktion der Leistungen. Es wird sich in Frankreich letzten Endes doch darum handeln, einen Teil der Kosten der Sozialversicherung in dieser oder jener Form in das Staatsbudget zu übernehmen. Daß dieser finanzielle Anteil progressiv wachsen wird, darüber gibt es freilich keinen Zweifel.

J. Hermann, Paris